

## **Der Islam in Europa – Von der Dekonstruktion eines Feindbildes zu einer partnerschaftlichen Hinwendung**

**LALE AKGÜN**

**D**as Feindbild Islam war in Deutschland noch nie so ausgeprägt wie in diesen Tagen, fand ein Meinungsforschungsinstitut vor kurzem heraus. Die Medien nehmen dieses Thema dankbar auf. Der Islam als Feindbild »verkauft sich gut«.

Die Stimmung ist schlecht und dazu hat der politische Diskurs der letzten Monate erheblich beigetragen. Der so genannte Karikaturenstreit hat dabei die Wechselwirkung zwischen einer stereotypen Wahrnehmung des Islam auf der internationalen Bühne und dem Umgang mit muslimischen Minderheiten in europäischen Ländern deutlich gemacht. So mussten sich im Februar dieses Jahres Muslime in ganz Europa für das Verhalten radikaler Minderheiten in islamischen Ländern rechtfertigen.

Der Karikaturenstreit war nur ein weiteres Glied in einer langen Kette von Ereignissen, die dazu geführt haben, dass Muslime immer mehr über einen Kamm geschoren werden. Dabei nehmen die Menschen im Alltag sehr wohl wahr, dass nicht alle Muslime gleich sind und dass die Bandbreite innerhalb der muslimischen Gemeinschaft genauso groß ist wie bei Katholiken und Protestanten. Im öffentlichen Diskurs aber wird die Individualität dieser Menschen immer öfter negiert. Sie werden mehr und mehr in die Ecke gedrängt und finden sich in einer Reihe mit Islamisten, Terroristen und Fanatikern wieder. Muslime – eine Ansammlung von bedrohlichen Subjekten für unsere Demokratie?

Eines ist unbestreitbar: Fundamentalismus und Extremismus zu bekämpfen ist die oberste Pflicht einer wehrhaften Demokratie. Einwanderer sollen auch nicht von ihrer Integrationspflicht entlastet werden. Beunruhigend sind aber vor allem diejenigen politischen Kräfte aus der Mitte unserer Gesellschaft, die erst Angst vor Überfremdung schüren, sie salonfähig machen und am Ende unbeteiligt die Augenbrauen hochziehen, wenn sie dadurch brutale Gewaltausbrüche von Rechtsextremen und Neonazis gegenüber Minderheiten provozieren.

Es ist kein Zufall, dass rassistische Übergriffe just dann eskalierten, als die innerdeutsche Debatte über Integration geradezu hochkochte und

nur noch von so genannten »Muslim-Tests« die Rede war. Und davon, wie man die Latte für Einbürgerungen höher legt, obwohl uns doch gerade daran gelegen sein müsste, die Zahl der Einbürgerungen zu erhöhen.

Diese Debatte hat die Geister beschworen, mit denen sich die Republik jetzt auseinandersetzen muss. Rechtsradikale Übergriffe sind an der Tagesordnung, beinahe wie in der Zeit kurz nach der Wende. Und viele, die anders sind und anders aussehen – Schwarze, Türken, Muslime – müssen mittlerweile um ihr Leben bangen, wenn sie sich in bestimmte Stadtviertel begeben. Auch wenn viele davon nichts wissen wollen: Es gibt sie, die No-Go-Areas – zumindest die gefühlten, für die Betroffenen. Der Bundesinnenminister setzt auf verschärfte Konzepte der inneren Sicherheit. Und die sind sicherlich vonnöten, um das Leben dieser Menschen in Deutschland zu schützen. Aber noch wichtiger ist es, die Parameter in der Integrationspolitik deutlich zu verschieben. Weg von der konservativen Exklusionstheorie, die suggeriert, eine Gesellschaft werde bestimmt durch eine über Jahrhunderte gewachsene Tradition, eine gemeinsame christlich-abendländische Kultur, an die Migranten sich gefälligst anpassen sollen. Viele Migranten in Deutschland, insbesondere wenn sie muslimischen Glaubens sind, können in einer solchen ethnisch-kulturell homogenen Gemeinschaft naturgemäß keinen Platz haben. Zumal der Islam als nahezu rückständiger, fanatischer, monolithischer Block stigmatisiert wird.

Dabei verkennen die politischen Verfechter dieser und ähnlicher Exklusionstheorien eine einfache Tatsache: Den Islam als solchen gibt es nicht. Dafür gibt es mehrere Gründe. Erstens gibt es im Islam verschiedene Konfessionen, so wie es sie auch im Christentum gibt. Die Muslime in Deutschland gehören verschiedenen muslimischen Glaubensrichtungen an, der sunnitischen, der schiitischen, der alevitischen – um nur die größten Gruppen zu nennen. Zweitens entfaltet sich auch die muslimische Religion nicht in einem luftleeren Raum, sondern ist wie jede andere Religion auch durch die Kultur des Landes geprägt, in der sie praktiziert wird.

Im Migrationsprozess kommt dabei den Herkunftsländern der Muslime und ihrer jeweiligen Tradition eine große Bedeutung zu. Die Kultur des jeweiligen Landes prägt die Form und die Auslegung des Islam. So stammen die meisten Muslime in Deutschland aus der laizistischen Türkei. Viele Muslime kommen aus Bosnien-Herzegowina und bringen ein äußerst liberales Islamverständnis mit. Der Rest stammt aus einer Reihe von ganz unterschiedlichen Ländern, aus dem arabischen ebenso wie aus dem afrikanischen und asiatischen Raum. Niemand wird bestreiten wol-

len, dass in Indonesien ein völlig anderes Islamverständnis vorherrscht, als im Iran, und dort wieder ein anderes als in Tunesien.

Drittens: Nicht alle Muslime sind gleich religiös. Nur ein Drittel der Muslime in Deutschland bezeichnet sich als wirklich religiös. Dieses eine Drittel lebt nach den Vorschriften des Korans und geht zum Freitagsgebet in die Moscheen. Ein weiteres Drittel, die »kulturellen Muslime«, fühlt sich dem Islam zwar verbunden, ist aber weder fromm noch gläubig und hält sich keineswegs an religiöse Vorschriften. Das letzte Drittel der Muslime in Deutschland positioniert sich irgendwo zwischen diesen beiden Polen. Diese Bandbreite zeigt: der Islam ist ähnlich diversifiziert wie das Christentum, wo es ebenfalls streng gläubige Katholiken und Protestanten gibt, wo es kulturelle Christen gibt, die zwar getauft sind, die aber das Christentum nicht praktizieren und schließlich solche, die sich dazwischen positionieren und den christlichen Glauben durch einen Kirchgang an hohen Feiertagen praktizieren, ansonsten aber keine aktiven Christen sind.

Zweifellos gibt es im Islam – ebenso wie im Christentum und im Judentum – radikale Eiferer, die den Islam fundamentalistischer Ausprägung predigen. Dies ist aber keineswegs der Beweis für die Erstarrung und Gewaltneigung des Islam. Die Existenz der Eiferer ist vielmehr ein Zeichen für die Veränderung, Entwurzelung und Säkularisierung dieser Religion. Da sich das Verhältnis von religiösen Vorschriften und weltlichem Leben in einer globalisierten Welt stark auseinander entwickelt, wandelt sich das Verhältnis der Gläubigen zur Religion und ändern sich deren Strukturen. Das versuchen einige Fanatiker zu verhindern, indem sie Ängste vor dieser Veränderung schüren und an starren Ritualen festhalten, die nicht mehr realitätstauglich sind.

Ich gehe hier mit dem französischen Islamwissenschaftler Olivier Roy konform. Er vertritt die These, dass der Wandel des Islam zu ähnlichen Strukturen führt, wie wir sie auch im Christentum beobachten: »Es ist kein Wandel im theologischen Korpus, sondern in der Religiosität, in der Beziehung zwischen dem Gläubigen und der Religion. Dieser Prozess vollzieht sich insbesondere unter Muslimen, die im Westen leben: Die Religion hat ihre gesellschaftliche Autorität verloren und ist nicht länger in eine bestehende Kultur eingebettet. Die Kulturen der Herkunftsländer verblassen oder werden mit rein religiösen Begriffen neu geprägt: ›muslimische‹ Kultur statt ›arabische‹ oder ›pakistanische‹ Kultur.«.<sup>1</sup>

---

1. Olivier Roy: »Christen, Muslime und der sakrale Raum«, in: *FAZ Sonntagszeitung*, 14. Mai 2006.

Gleichzeitig schreiten Entwurzelung, Säkularisierung und Ent-Ethnisierung voran. Nicht mehr das Herkunftsland oder die Herkunftskultur sind identitätsstiftend, sondern die Zugehörigkeit zu einer religiösen Gruppe. Dies hat die Herausbildung neuer Gruppenidentitäten zur Folge und es entstehen Glaubensgemeinschaften ohne ethnische Anbindung. Diese ersetzen die vorherrschenden, durch die Kultur des Herkunftslandes geprägten Glaubensformen. Der islamische Glaube kann sogar virtuellen Charakter annehmen; religiöse Foren im Internet werden manchem sozial benachteiligten Jugendlichen zur Heimat, weil die Aufnahmegesellschaft ihnen den Platz in ihrer Mitte verweigert.

Positiv gewendet ist diese Entwicklung der Ent-Ethnisierung aber auch eine der Säkularisierung und bietet die Chance zur Europäisierung des Islam. Eine Chance für einen eigenen, stark laizistisch orientierten liberalen Islam, der eine wichtige Säule für ein friedliches, liberales Europa bilden könnte. Mit dieser Europäisierung des Islam wäre eine Neupositionierung der Muslime jenseits von Doktrin und Dogma des Herkunftslandes möglich. In Deutschland, Frankreich, Großbritannien und anderen Ländern, in denen sich ein Großteil der Einwanderer zum Islam bekennt, wäre eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen Staat und islamischen Organisationen keine Zukunftsmusik mehr, sondern überhaupt erst möglich. Diesen Prozess durch eine Kultur der Anerkennung zu fördern, müsste das oberste Ziel einer vernunftorientierten und sozialen Demokratie sein.

Die »Europäisierung des Islam« bleibt aber zunächst sehr abstrakt. Heruntergebrochen auf die Handlungsebene kann sie nur bedeuten, dass der Islam vor Ort ankommt. Auf welche Weise sich dieses »Ankommen« in europäischen Gesellschaften vollzieht, verdeutlichen die Debatten um Moscheebauten. Zurzeit geht es in der Mehrheitsgesellschaft oft um die Frage, ob Moscheen überhaupt gewollt sind. Dabei ist genau das kontraproduktiv. Wir brauchen diese Moscheen, denn Sakralbauten gehören zum Kern einer jeden Religion. Wichtig ist aber, dass sich die architektonische Gestaltung der Moscheen an regionalen Traditionen orientiert. Eine Moschee für Köln sollte sich an rheinländischen Bautraditionen orientieren und sich so in das Stadtbild einfügen. Nicht nur in seinen Symbolen, auch in seiner religiösen Praxis wird sich der Islam am Alltag der Menschen orientieren müssen. So wie in der katholischen Kirche nicht mehr auf Latein gepredigt wird, so sollte auch der Imam auf Deutsch predigen und sich in seiner Predigt mit dem Alltag der Menschen vor Ort befassen.

Eine weitere viel diskutierte Frage ist die nach der Kompatibilität von Islam und Demokratie. Der Islam befindet sich nicht in einem rechtsfreien Raum sondern muss sich in Deutschland – wie jede andere Religion auch – an die Werte und Normen des Grundgesetzes halten. Im demokratischen Rechtsstaat, in dem sich alle an die gleichen Gesetze halten müssen, gibt es keine Extras aber auch keine Rabatte. Wie bei jeder anderen Religion ist die Adaption an den gesellschaftlichen Kontext nicht immer einfach. Auch Katholizismus und liberale Demokratien stehen in einem potentiellen Widerspruch, der aber durch die Einbettung in das demokratische Gemeinwesen eine Auflösung erfährt.

Die wiederkehrende Mutmaßung aber, dass eine solche Auflösung im Fall des Islam nicht möglich sei, führt dazu, dass sich viele muslimische Einwanderer immer weiter ausgegrenzt fühlen, weil sie sich auf ihre Religionszugehörigkeit reduziert sehen. In ihrer Ausgrenzung solidarisieren sie sich dann in zunehmendem Maße – zumindest zeitweise – mit ihrer Glaubensgruppe und bisweilen auch mit ihren religiösen Führern. Es bleibt nicht folgenlos, dass sich die Muslime, ob gläubig oder nicht, in die Rolle des Sündenbocks der Gesellschaft gedrängt fühlen.

Muslime sind eine wachsende religiöse Minderheit in Deutschland und in Europa. Neben Großbritannien und Frankreich ist Deutschland mit 3,2 Millionen Muslimen das EU-Land mit der drittgrößten muslimischen Population. In der gesamten EU gibt es rund 15 Millionen Muslime und auf dem gesamten europäischen Kontinent zählt man 30 Millionen Muslime aus insgesamt 40 Nationen. Wer kann da von einer homogenen Gruppe sprechen? Sicher ist die religiöse Zugehörigkeit ein Identitätsfaktor in der Einwanderungsgesellschaft. Aber mehr noch als der Glaube bestimmt die soziale Zugehörigkeit den Grad der Integration. Denn vor allem die sozialen Milieus, in denen Einwanderer leben, entscheiden über ihr gesellschaftliches Fortkommen. Deshalb ist es wichtig, die Ursachen der Probleme in einer Einwanderungsgesellschaft im Blick zu behalten. Sie sind in allen Einwanderungsländern zwar ähnlich gelagert, haben aber landestypische spezifische Ausprägungen.

In Deutschland ist die Migration nicht wie in anderen europäischen Einwanderungsgesellschaften durch die koloniale Vergangenheit in Gang gesetzt worden – und es war auch nicht von vornherein eine Hierarchie von Herrschern und Beherrschten vorgegeben – sondern vor allem durch die Arbeitskräfteanwerbung der 1950er und 1960er Jahre in Südeuropa. Die alten Industrien, für die diese Arbeiter benötigt wurden, sind in den Achtzigern nach und nach zusammen gebrochen, was eine hohe

Arbeitslosigkeit und eine relative Armut unter den neuen Mitbürgern verursacht hat. Sie leben oft in den ärmeren Stadtvierteln, ihre eigene Bildungsferne lässt keine neue Lebensperspektive gedeihen, die Kinder bleiben am unteren Rand des dreigliedrigen deutschen Bildungssystems stecken und, werden doppelt so oft arbeitslos wie ihre deutschen Mitschüler. Viele der seit vierzig Jahren und mittlerweile in der dritten Generation hier lebenden Einwanderer bilden heute die neue deutsche Unterschicht, aus der die meisten kein Entkommen sehen.

Auch wenn in Frankreich die koloniale Vergangenheit bestimmend für das anfängliche soziale Ranking der migrierten Population war, kamen die meisten französischen Einwanderer ebenfalls als Arbeiter nach dem Zweiten Weltkrieg ins Mutterland. Und auch sie verloren ihr Auskommen durch den Zusammenbruch der alten Industrien, bilden nun die Unterschichten der Grande Nation. Die gewaltsamen Unruhen der jungen Generation von Maghrebinern Ende letzten Jahres haben folgendes deutlich gemacht: Die Nachkommen der einstigen Einwanderer wollen aus dieser Perspektivlosigkeit mit allen Mitteln ausbrechen. Die Straßenschlachten in den Banlieus haben die französische Republik in eine regelrechte Staatskrise gestürzt. Denn die Probleme dieser Jugendlichen waren jahrzehntelang kein Thema im Land, obwohl die meisten von ihnen französische Staatsbürger sind, zumindest auf dem Papier. Sie sehen sich ausgegrenzt durch fehlende Jobs, Wohnungen und Bildungschancen.

Übrigens waren die meisten der protestierenden Jugendlichen Muslime. Aber die Unruhen waren nicht islamistisch geprägt. Es ging den Jugendlichen um ihre soziale Lage: »Wir wollen dazu gehören und unsere Chance bekommen.«

Frankreich ist nicht Deutschland, und bei uns gibt es auch keine abgeschotteten Banlieus, in denen Einwanderer in verkommenen Behausungen wohnen, ganz unter sich sind, und wo Kriminalität der einzige Ausweg aus der Misere zu sein scheint. Dennoch spitzt sich die soziale Situation auch in Deutschland zu. Die OECD- und PISA-Schulstudien, die im Jahr 2003 die Chancenungleichheit für Migrantenkinder im deutschen Bildungssystem öffentlich gemacht haben, verweisen lediglich auf die Spitze des Eisbergs. Deshalb ist es umso dringender, die soziale Frage auf die Agenda der Integrationspolitik zu setzen. Wie können wir die Schulen so gestalten, dass Migrantenkinder genauso erfolgreich werden wie deutsche? Wie können wir die Unternehmen dazu bringen, dass sie genügend Ausbildungsplätze bereitstellen, damit Einwandererkinder genauso eine Berufsausbildung abschließen wie ihre deutschen Mitschüler? Wie kön-

nen wir Einwanderer an politische Mitbestimmung so heranzuführen, dass sie sich an der Demokratie beteiligen und ihr Schicksal mitgestalten? Und schließlich: Wie können wir eine Politik kreieren, die nicht auf Demütigung setzt, sondern auf die Stärken der neuen Bürger und darauf, ihnen mit Respekt zu begegnen? Ich bin sicher, dass eine solche Politik möglich und nötig ist. Dafür müssen wir uns aber den realen Problemen stellen und miteinander darüber reden, wie wir gemeinsam in einer pluralen, demokratischen und multikulturellen Gesellschaft leben wollen.

Dafür müssen sich nicht nur die Einwanderer bewegen. Auch die Mehrheitsgesellschaft muss von alten Stereotypen Abschied nehmen. Denn es gilt, nicht einfach Altes zu bewahren und Neues abzuwenden. Es gilt, ein neues republikanisches Credo, ein Zusammengehörigkeitsgefühl und eine Kultur der gegenseitigen Anerkennung zu entwickeln. Kurz: es bedarf eines neuen sozialen Vertrags, eines neuen »Wir-Gefühls«. Eines Gesellschaftsvertrags für das Recht und die Pflicht auf Integration, der sicherstellt, dass alle Bürger die gleichen Chancen erhalten, unabhängig von ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit. Ein Vertrag, der die Teilhabe an sozialen, kulturellen, politischen und ökonomischen Entwicklungen fördert, der die Integrationsbereitschaft der Einwanderer herausfordert und ihre Stärken fördert.

Dazu gehört auch die Stärke, einer Religion anzugehören, die im Zeitalter der Globalisierung ihren Charakter rasant ändert, von einer Religion des Orients hin zu einer Religion Europas, zu einer Europa zugewandten Glaubensgemeinschaft. Die Mehrheit der eingewanderten Muslime ist Europa zugewandt und sie tut das, was Millionen Christen auch tun: sie versucht, ihren Glauben und ihr weltliches Leben unter einen Hut zu bringen, so gut es eben geht. Dass dieser Prozess nicht geradlinig verläuft, liegt auf der Hand, und dass die Einstellungen Einzelner, die mit dem Grundgesetz unvereinbar sind oder Rechtsverstöße zur Folge haben, nicht toleriert werden dürfen, ist selbstverständlich, gleichgültig, ob es sich dabei um so genannte Zwangsverheiratungen oder Morde im Namen einer zweifelhaften Familienehre handelt, ob um das Predigen von Hass und Gewalt oder schlicht um kleinkriminelle Delikte. Es muss aber auch selbstverständlich sein anzuerkennen, wie lebendig, zukunftsgerichtet und modern sich Lebenskonzepte gerade unter jungen Musliminnen und Muslimen hierzulande entwickeln. Statt sie kollektiv als Angehörige einer vordemokratisch zurückgebliebenen Gemeinschaft zu demütigen und immer wieder auszugrenzen, wäre es an der Zeit, sie als Teil einer im Wandel befindlichen modernen Glaubensgemeinschaft anzuer-

kennen. Das wäre auch der erste Schritt dahin, ihre Säkularisierung zu respektieren und ihre Hinwendung zu Europa zu stärken. Und reichen wir auch denen die Hand, die zwischen den Stühlen sitzen, zwischen elterlicher Tradition und selbstbestimmter Moderne. Stellen wir diese jungen Menschen nicht vor die Wahl, sondern helfen wir ihnen, beides miteinander zu verbinden.

Wenn sich die Mehrheit für eine gemeinsame Zukunft öffnet und wir die Minderheiten für ein aktives Eintreten für gemeinsame Werte gewinnen können, werden wir in der Lage sein, ein neues, taugliches Leitbild einer Gesellschaft zu entwerfen, die ethnisch heterogen und religiös pluralistisch ist und deren kollektive Identität nicht ethnisch definiert ist.

Im Mittelpunkt dieser Neukonstruktion würde als Leitbild ein Verfassungspatriotismus stehen, ein neues Wir-Gefühl, ein Gefühl der Zugehörigkeit mit der gemeinsamen Staatsbürgerschaft als Bindeglied aller. Dies zu schaffen, ist das Ziel sozialdemokratischer Integrationspolitik, ein Ziel, für das es sich zu kämpfen lohnt.